

DIE ZEIT

Folter macht wahnsinnig

Manfred Nowak hat im Auftrag der UNO die Folterkeller dieser Welt bereist und das System Guantánamo erkundet. Hier erklärt er, warum man Terroristen mitunter töten, aber niemals foltern darf

Florian Klenk

Herr Nowak, Sie haben im Auftrag der UN im Februar eine Studie über Guantánamo veröffentlicht. Wie glaubwürdig sind denn die Berichte der Häftlinge, die über Schlafentzug, Stresspositionen und Isolation klagen? Sind das Übertreibungen, wie US-Behörden behaupten? Wie haben Sie überhaupt ermittelt?

Das Factfinding in Guantánamo ist nicht so schwierig, weil es viele öffentliche Dokumente gibt, die nun freigegeben werden. Vor allem die Verhörmethoden wurden ja akribisch aufgeschrieben und von US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld persönlich autorisiert. Uns ging es darum, diese Methoden auch im Einzelfall zu untersuchen und zu analysieren, ob sie erniedrigende Behandlung oder Folter darstellen. Nicht jeder Schlafentzug ist ja zum Beispiel automatisch Folter. Aber Schlafentzug über längere Zeit zum Zwecke der Desorientierung ist Folter, sobald er schweres Leiden bei der betroffenen Person verursacht. Und es gibt Beweise, dass Menschen vierzehn Tage lang jede Viertelstunde aufgeweckt wurden. Ein Beispiel dafür ist auch die Einsetzung von Hunden und das Ausnützen von Phobien. Menschen wurden in ganz enge Käfige gesperrt oder in Stresspositionen fixiert, die physische Schmerzen verursachen.

Wurde tatsächlich Kältefolter eingesetzt, wie viele Häftlinge beklagten?

Ja, nicht nur die Hitze war unerträglich, auch die Klimaanlage wurden mitunter so kalt eingestellt, dass die Häftlinge über längere Dauer richtig froren. Das ist eine Situation, die für einen Häftling so unerträglich ist, dass er auf jede erdenkliche Weise kooperiert. Und genau darum geht es in Guantánamo: um diese Zuckerbrot-und-Peitsche-Situation.

Es heißt, viele Häftlinge wollen sich umbringen oder verletzen.

Ja, etwa 200 Leute traten in den Hungerstreik. Die Art, wie mit diesen Leuten umgegangen wird, ist brutal. Sie werden an speziellen Stühlen festgeschnallt und mit Schläuchen durch die Nase zwangsernährt. Wir haben auch Aussagen von Anwälten, dass man den Hungerstreikern so dicke Röhren durch die Nase führt, dass sie bluteten und erbrachen. Die Regierung bestreitet das. Es ist letztlich eine Frage der Beweiswürdigung, wem man glaubt. Diesbezüglich wäre es notwendig und wichtig gewesen, dass wir uns vor Ort ein Bild von der Lage machen und mit den Häftlingen sprechen.

Warum haben Sie es nicht getan? Sie und Ihr Expertenteam hatten doch eine Einladung nach Guantánamo zu reisen. Die Regierung wirft Ihnen nun Einseitigkeit vor.

Das ist infam. Denn die USA haben uns das Gespräch mit Häftlingen verwehrt. Der Kontakt mit Insassen ist aber eine – auch von den USA stets eingeforderte – Bedingung für Haftkontrollen. Ohne dieses Recht ist es sinnlos, ein Gefängnis zu besuchen.

Wo wurden die Verhörmethoden eigentlich niedergeschrieben?

In schriftlichen Anweisungen des Pentagon, die eine Ausnahme von den üblichen Verhörmethoden darstellen, die im US-Army Field Manual niedergelegt sind. Dort ist alles geregelt. Etwa die „Uncomfortable Positions“, der Einsatz von Hunden, der Einsatz von Kälte,

Schlafentzug oder die Isolationshaft.

Die ist angeblich nur auf 15 Tage beschränkt.

Doch man kann die Leute nach Ablauf der Zeit rausnehmen und sofort wieder in die Zellen stecken. Es gibt Gefangene, die eineinhalb Jahre de facto in Isolationshaft lebten. Das macht einen Menschen natürlich wahnsinnig. Die Personen wissen ja nicht, wie lange sie dort festgehalten werden. George Bush sagt: „Die Häftlinge können so lange festgehalten werden, bis der Kampf gegen den Terror gewonnen ist.“ Und gleichzeitig wird ihnen erklärt: „Der Krieg wird vielleicht nie vorbei sein – außer du redest. Dann kommst du in ein angenehmeres Camp!“ Auf diese Weise wird ständig Druck ausgeübt, damit Gefangene Informationen hergeben, von denen die USA glauben, dass sie sie haben. Es gibt aber auch Leute, die überhaupt keine Information haben. Es gibt Leute, die keine Fanatiker sind. Die sitzen auch in Guantánamo. Etwa 250 Leute wurden freigelassen, weil man ihnen eben keine Beziehungen zur Al Qaida nachweisen konnte.

Wenn Sie mit Juristen und Militärs in den USA sprechen, wie reagieren die auf europäische Kritik an Guantánamo?

Unabhängige Juristen, Menschenrechtsorganisationen, Anwälte und auch kritische Militärs stimmen mit unserer Rechtsauffassung überein. Nur die derzeitige Regierung beharrt auf der simplen Argumentation, die Vereinigten Staaten würden einen „Krieg gegen den Terror“ führen, und folglich seien weder die US-Verfassung noch die internationalen menschenrechtlichen Verpflichtungen der Vereinigten Staaten in Guantánamo anwendbar. Die Behauptung, die US-Verfassung sei in Guantánamo nicht anwendbar, hat der Oberste Gerichtshof der Vereinigten Staaten bereits im Juni 2004 widerlegt, nun haben fünf unabhängige Experten der Vereinten Nationen die These von der Nicht-Anwendbarkeit internationaler Menschenrechtsstandards ebenso deutlich widerlegt. Heute haben sich die Gefangenen längst das Recht erstritten, amerikanische Gerichte anzurufen. Doch es gibt noch immer keine einzige rechtskräftige Entscheidung.

Dieser so genannte „Krieg“ tobt auch ein bisschen in Europa. Der Spiegel titelte neulich: „Dürfen Demokratien Terroristen töten?“

Da müssen wir unterscheiden. Das Recht auf Leben ist ja im Unterschied zum Folterverbot kein absolut geschütztes Recht. Es gibt Extremfälle, wo man Menschen auch im Frieden töten darf. Wenn ein Bankräuber Geiseln nimmt und dann eine nach der anderen erschießt – dann darf er durch einen gezielten Todesschuss erschossen werden, sofern es das letzte Mittel ist, seinen Angriff abzuwehren und das Leben Betroffener zu schützen. Aber wenn der Angriff vorbei ist oder ein Mensch einer noch so schlimmen Straftat verdächtigt wird, darf ich ihn nicht in Reaktion darauf töten. Es gilt das strenge Verhältnismäßigkeitsprinzip. Tötung ist nur zulässig, um andere Menschen unmittelbar zu schützen.

Wenn also der Terrorist die Waffe auf das Publikum hält und abdrücken will, dann darf ihn die Polizei erschießen.

Ja.

Doch wenn er im Verhörzimmer sitzt und sagt: „Morgen wird wieder eine Bombe hochgehen, ich sag euch aber nicht, wo!“ Darf die Polizei diese Person dann wenigstens mit Musik beschallen? Sie dazu zwingen, stundenlang zu stehen? Sie nackt ausziehen? Also jene Methoden anwenden, die auch den US-Behörden in Guantánamo gestattet sind? Sie wären doch das gelindere Mittel, anstatt die Bombe hochgehen zu lassen, oder?

Ja, ja, der berühmte theoretische Ticking-Bomb-Fall! Wir müssen uns loslösen von diesem „Robin-Hood-Polizisten“, den es in der Realität nicht gibt. Also meine klare Antwort: Nein, wir dürfen ihn nicht foltern. Und wir dürfen ihn auch nicht erniedrigend behandeln. Das sind absolute Verbote, und es hat historische und empirische Gründe, warum es sie gibt. Diese Abwägung: Je gefährlicher ein Mensch, desto mehr Druck ist zulässig – die darf es nicht geben. Die Schwelle ist für alle Menschen gleich. Für den Ladendieb wie für den Massenmörder. Die

vorsätzliche Zufügung von Schmerzen und Leid ist für beide verboten. Das bedeutet aber nicht, dass Polizisten bei Verhören den Tätern den Ernst der Lage klar machen müssen. Doch ihre Erniedrigung ist verboten.

Viele meinen, wir bräuchten eine Lockerung des Folterverbotes, weil die Welt durch eine völlig neue Art des Terrorismus bedroht sei. Draußen ticke die schmutzige Bombe.

Diese Diskussion geht in die völlig falsche Richtung. Sie führt uns weg von der ethischen und moralischen Verwerflichkeit der Folter: Die ist und bleibt eine der schwersten und unmenschlichsten Menschenrechtsverletzungen. In einer Verhörsituation ist eine Person dem Staat ausgeliefert. Deshalb darf sie nicht malträtiiert werden. Es ist ein direkter Angriff auf die Menschenwürde, den ein moderner Staat nicht unternehmen darf. Sonst hört er auf, Rechtsstaat zu sein. All diese Diskussionen führen nur dazu, dass die Menschen nicht mehr erkennen, wie schwerwiegend die Folter als Menschenrechtsverletzung ist. Wir werten die Terroristen – meist sind es ja nur Terrorverdächtige – zu einer so fürchterlichen Kategorie von Menschen herab, dass die normalen Normen für sie nicht mehr gelten. Sie werden zu Wesen, die keine Menschenrechte mehr haben. Doch das Konzept der Menschenrechte stellt darauf ab, dass es eben gerade auch dann gilt, wenn sich Menschen an den Rand der Gesellschaft stellen. Wir fragen uns oft, wieso war es möglich, dass es Sklaverei gab, obwohl schon die Menschenrechte galten. Es war nur deshalb möglich, weil suggeriert wurde: Schwarze sind keine richtigen Menschen. Auch die Behandlung der Juden war möglich, weil sie zuvor nicht mehr als Menschen sondern als Untermenschen bezeichnet wurden, also gezielt entmenschlicht wurden.

Knabbert die amerikanische Folterdebatte nun auch am Folterverbot in Europa?

Die Diskussionen spielen sich nun tatsächlich auch hier ab. Doch Europa hat im Hinblick auf die Erfahrungen des Nationalsozialismus ein sehr weitreichendes Bewusstsein und ein sehr gutes Schutzsystem entwickelt. Viele amerikanische Zustände würden heute einfach europäischen Mindestnormen widersprechen. Das gilt zum Beispiel für die Todesstrafe oder für manche Zustände in amerikanischen Hochsicherheitsgefängnissen. Den meisten Europäern scheint auch die kategorische Ablehnung des Internationalen Strafgerichtshofs durch die USA als unverständlich oder arrogant. Die Amerikaner haben sich eben bewusst sehr zurückgehalten, internationale Verträge zu ratifizieren.

Manche sagen, wir können nicht mehr verhindern, dass gefoltert wird. Deshalb sollte man harte Verhörmethoden transparent regeln und Folter sozusagen „kodifizieren“.

Schon im Mittelalter wurde die Folter kodifiziert. Und 2002 wurden die Verhörregelungen für Guantánamo durch das Pentagon publik gemacht. Es ist alles niedergeschrieben. Und Ronald Rumsfeld hat die Verhörmethoden persönlich verschärft. Alles war transparent – und gleichzeitig so verwirrend, dass sich kein Mensch mehr ausgekannt hat. Erst kürzlich gab es einen Brief vieler US-Militärs, die sich beklagten, dass ihre Moral untergraben werde. Nicht einmal Juristen im Pentagon wissen, was noch erlaubt ist. Wie soll es dann der einzelne Soldat wissen? Es ist auch falsch zu glauben, man könne Verhörmethoden „generell abstrakt“ regeln. Das Folterverbot ist ja ein ethisches Verbot, das wir internalisiert haben und das auf das individuelle Leiden der betroffenen Person abstellt. Wenn sie nicht durch derartige quasilegale Verhörmethoden verunsichert werden, wissen und fühlen Kriminalbeamte in der Regel sehr genau, wann sie die Grenze zu erniedrigender Behandlung oder gar Folter überschreiten. Ich halte wenig davon, genau zu regeln, ob man jemanden für fünf oder nur vier Stunden den Schlaf entziehen darf. Jeder Mensch reagiert doch anders darauf.

In Deutschland wird eine Debatte darüber geführt, ob Informationen aus Folterverhören in anderen Staaten verwertet, ja sogar aktiv beschafft werden dürfen.

In Bezug auf die Verwertung von Foltergeständnissen in Verfahren ist die Sache klar: verboten. Aber wenn jemand anruft und sagt: durch ein Folterverhör haben wir herausgefunden, dass ums Eck eine Bombe liegt, dann müssen wir hingehen und die Bombe entschärfen.

Und dürfen wir auch einen konkreten Verdächtigen vernehmen und befragen, wenn der im Folterverhör verraten wurde?

Ja, das dürfen wir. Aber wir dürfen ihn nicht allein wegen der Aussage im Folterverhör verurteilen.

Dürfen wir uns auch „aktiv“ Information beschaffen, die offensichtlich aus Folterverhören stammen? Der deutsche Innenminister Wolfgang Schäuble forderte neulich diese „aktive Beschaffung“. Dürfen wir also in Guantánamo fahren und dort mal in den Verhörprotokollen stöbern?

Mir geht diese Schäuble-Debatte auf die Nerven. Ich finde sie gefährlich, denn sie zielt wieder in diese fatale Richtung, durch Extrembeispiele den Beweis führen zu wollen, dass das Folterverbot nicht absolut gelten kann. Wir müssen eines wissen: Es gibt keinen Staat der Welt, der von sich behauptet, zu foltern. Die Staaten schämen sich dafür – anders ist das etwa bei der Todesstrafe. Deshalb ist diese Debatte über ein „bisschen Folter“ so verhängnisvoll. Die Staaten würden ihre Scham verlieren.

Nun sind Sie meiner Frage ausgewichen.

Ich will auf die Gefahr verweisen, dass man den Menschen suggeriert, der Kampf gegen den Terror sei so quantitativ neu, dass die Welt völlig neue Regeln braucht. Natürlich arbeiten Geheimdienste zusammen. Das ist in einer Welt globaler Gefahren auch notwendig. Und natürlich werden wir oft Informationen bekommen, von denen wir nicht wissen, woher sie kommen. Doch die UN-Anti-Folterkonvention ist klar: Diese Aussagen dürfen in Verfahren nicht als Beweis verwendet werden. Denn solche Beweismittel sind meistens falsch. Das Beweismittelverbot – und das wird auch Herr Schäuble wissen – hat aber auch präventive Wirkung: Man versucht den Polizisten klar zu machen, dass es nicht sinnvoll ist zu foltern, da man die Früchte ja nachher nicht verwerten kann.

Sie arbeiten als UN-Folterermittler. Wenn wir die Welt unter ihr Mikroskop legen – wo finden wir dann heute Folter und wie sieht sie aus?

Ich will keinen Vergleich der Staaten anstellen. Das steht mir nicht zu. Doch es ist klar: Kein Land der Erde ist heute vor Folter gefeit. Es gibt aber sehr gute Mittel, wie man sie verhindern kann. Je demokratischer ein Staat, je transparenter Polizei- und Justizwesen, je kritischer die Medien – desto kleiner die Gefahr des Missbrauchs. Man muss Haftanstalten öffnen, damit unabhängige Kommissionen Einblick nehmen können. Staaten müssen genaue Haftregister anlegen, wo penibel dokumentiert wird, wann jemand in welchem Zustand wohin gebracht worden ist und welche medizinische Untersuchung er genoss. Anwälte müssen früh Zugang zu ihren Klienten haben, Verhöre sollen durch Video dokumentiert werden. Auch die Ausbildung der Sicherheitsexekutive ist wichtig, um den Corpsgeist zu unterlaufen. Wer foltert, muss als schwarzes Schaf gebrandmarkt werden. In vielen Ländern, die ich besuche, ist es aber vor allem die De-facto-Straflosigkeit, die Polizeibeamte dazu bringt, weiter zu foltern.

Kürzlich besuchten Sie China. Sie durften dort mit Häftlingen sprechen. Ihre Mission wurde dennoch fast abgebrochen, weil Sie auf Schritt und Tritt von der Geheimpolizei verfolgt wurden. Wie steht es um Folter in China?

Sie ist weit verbreitet, aber sie wird nicht mehr systematisch angewandt. China hat noch immer ein sehr starkes Inquisitionsmodell. Das Geständnis ist sehr wichtig. Und in China gibt es die aus dem Konfuzianismus kommende Tendenz, Leute dazu zu zwingen, Fehler nicht nur zu unterlassen, sondern ihnen auch abzuschwören. Motto: Das System hat Recht, nicht ich, das Individuum. Deshalb gibt es auch noch immer die Umerziehungslager. Die Grundidee dieser Lager ist zu verhindern, dass der Einzelne anders denkt als der Staat. Viele Opfer in China haben mir erzählt, am quälendsten sei der massive Druck, etwas zu gestehen, von dem sie dachten, dass es nicht falsch ist – etwa sich in Tibet zum Dalai Lama zu bekennen. Viele Mönche und Nonnen sind daran zerbrochen.

Sie haben auch Georgien und die Mongolei bereist. Sie haben dort Menschen entdeckt, deren Zellentüren so eingerostet waren, dass Wärter mehrmals dagegen donnern mussten, um sie aufzukriegen.

Der formelle Schritt von der Diktatur zum Rechtsstaat kann sehr schnell gehen. Doch wenn es einmal die Kultur der Folter gab, dann ist es sehr schwer, sie abzustellen. Viele Exsowjetische Staaten kämpfen mit Behörden, die sehr schnell zu Foltermethoden gegriffen haben, um an Geständnisse zu kommen. Georgien unternimmt große Anstrengungen, das zu ändern. Man beginnt langsam die Gefängnisse zu öffnen, Hilfe zu leisten.

Wo werden wir in zehn Jahren stehen? Stehen wir am Beginn einer Bewegung, die das Folterverbot aufweichen wird?

Ich glaube, dass wir hier ein kurzfristiges Phänomen erleben. Die US-Regierung hat sich leichtfertig über internationale Standards hinweggesetzt, und das wird sich bald ändern. Ich will auch noch einmal betonen, dass das, was in Guantánamo geschieht, überhaupt nicht vergleichbar ist mit dem, was in wirklichen Folterstaaten abläuft. Ich glaube aber auch, dass wir in Europa zunächst zu wenig schnell auf die Aushöhlung des Folterverbotes reagiert haben. Das Gefährliche am Symbol „Guantánamo“ ist doch, dass zum ersten Mal von politischer, wissenschaftlicher und medialer Seite mit Worst-Case-Szenarien gearbeitet wurde, um Folter salonfähig zu machen. Ich glaube, dass man den Kampf gegen den Terrorismus endlich wieder ins Lot bringen muss. Natürlich stellt er eine Bedrohung dar. Doch wir müssen auch sehen, wie viele Hunderttausende Menschen gleichzeitig durch andere Bedrohungen, durch unnötige Kriege, heilbare Krankheiten, vermeidbaren Hunger und Armut ums Leben kommen. Es ist auch nicht das erste Mal, dass Europa Terrorismus erlebt. In Deutschland, Spanien, Nordirland, Frankreich, Italien und vielen anderen Ländern gab es Terroranschläge. Diese Länder haben gezeigt, dass man das Problem auch ohne schwere Verletzungen der Menschenrechte lösen kann.

Herr Professor Nowak, vielen Dank für das Gespräch

ZEIT online

04/2006